Stand: 12.07.2025 13:13:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26161

"Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26161 vom 25.01.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27867 des VF vom 09.02.2023
3. Beschluss des Plenums 18/28072 vom 22.03.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 22.03.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.01.2023 Drucksache 18/26161

Antrag

der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die von der Bundesregierung eingeleitete gesellschaftspolitische Zeitenwende im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik. Die Gesetze zum Chancen-Aufenthaltsrecht und zur Asylverfahrensbeschleunigung sowie der Gesetzentwurf zum Staatsbürgerschaftsrecht bringen die Wertschätzung für all die Menschen zum Ausdruck, die unser Land zum Teil seit Jahrzehnten prosperieren lassen. Die Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung sind geeignet, die von der bayerischen Wirtschaft dringend benötigten Arbeitskräfte zu gewinnen. So sichern wir unseren Wohlstand auch in Zukunft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diese Gesetze in Bayern reibungslos umzusetzen und einen bestmöglichen Vollzug in Bayern zu gewährleisten.

Dafür ist insbesondere Folgendes notwendig, um die Migrations- und Asylpolitik in Bayern sozialgerecht auszugestalten:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Einhaltung ihrer Hinweise an die Ausländerbehörden vom 22.12.2022 zum Chancen-Aufenthaltsrecht zu überprüfen. Dies bedeutet vor allem: Es werden keine Menschen abgeschoben, die bei summarischer Prüfung möglicherweise oder tatsächlich unter das geltende Chancen-Aufenthaltsrecht fallen. Die Ausländerbehörden informieren potenziell Begünstigte aktiv über die Möglichkeit einer Antragstellung für das Chancen-Aufenthaltsrecht sowie über die Möglichkeit einer unabhängigen Beratung nach § 12a Asylgesetz (AsylG). Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, die Ausländerbehörden verstärkt darauf hinzuweisen, dass als Voraussetzung für das Chancen-Aufenthaltsrecht alle ununterbrochenen Voraufenthaltszeiten anzurechnen sind und kurzfristige Unterbrechungen, Zeiten einer Duldung wegen ungeklärter Identität sowie Zeiten, in denen die Ausländerbehörden Grenzübertrittsbescheinigungen ausgestellt, die Duldung erloschen gestempelt oder gar kein Dokument ausgestellt haben, vollkommen unschädlich sind und für den 5-Jahreszeitraum angerechnet werden müssen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Behörden zu sensibilisieren, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu treffen, insbesondere wenn innerhalb einer Behörde mehrere verschiedene Personen mit der Bearbeitung eines Falles betraut sind, und insgesamt auf die Optimierung von Verfahrensabläufen innerhalb der zuständigen Behörden hinzuwirken, sodass reibungslose Abläufe gewährleistet sind.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Wohlfahrtsverbände und Träger der Flüchtlingshilfe im Sinne des § 12 AsylG bei der Einrichtung unabhängiger Asylverfahrensberatungsstellen zu unterstützen. Die bayerischen Mittel für die Asylverfahrensberatung sollen im Zuge der Bereitstellung von Bundesmitteln nicht gekürzt werden. Zudem soll ein behördenunabhängiger, freier Zugang zu den Unterkünften für Asylverfahrensberaterinnen bzw. Asylverfahrensberater, Sozialberaterinnen sowie Sozialberater ebenso wie für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gewährleistet werden.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den vom Bundesministerium des Innern und für Heimat mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eingeleiteten Paradigmenwechsel zu unterstützen, der Anreize für Integration schafft, statt Hürden aufzubauen. Der Freistaat soll sich dazu bekennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und Bundesrecht realpolitisch umsetzen.
5. Die Staatsregierung wird aufgefordert, wie auch der Bund ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens nach § 81a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu legen. Insbesondere sollen Optimierungsmöglichkeiten geprüft werden, v. a. mit dem Ziel, dass die gesetzlichen Fristen im beschleunigten Fachkräfteverfahren in der Verwaltungspraxis Bayerns eingehalten, die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen und Betroffene, Ausbildungsbetriebe sowie Anerkennungsstellen umfassend unterstützt werden.
6. Die Staatsregierung wird aufgefordert, wie dies auch der Bund tut, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten darauf hinzuwirken, Einwanderungsverfahren in Bayern familienfreundlicher umzusetzen. Der Familiennachzug, insbesondere auch für Familien von in Bayern arbeitenden Fachkräften, wird hierbei erleichtert und beschleunigt.
7. Während des Asylverfahrens und bei Abschiebungen sollen familiäre Trennungen vermieden werden – insbesondere im Hinblick auf Eltern, Kinder und Heranwachsende sowie Schwangere – und das Kindeswohl soll während des gesamten Verfahrens im Fokus stehen. Grundsätzlich sollen bei Abschiebungen und Überstellungen soziale und menschliche Härtefälle vermieden werden. Die geübte Praxis, insbesondere die teilweise rechtlich kritisch zu bewertende Abschiebehaft wird unter dem Aspekt der Rechtsstaatlichkeit, Kostspieligkeit und der Verhältnismäßigkeit sorgfältig evaluiert und die Ergebnisse dem Landtag vor Ablauf der derzeitigen Legislaturperiode berichtet.
8. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Bemühungen zu verstärken, die Digitalisierung im Ausländerwesen in Bayern voranzutreiben, insbesondere indem sie sicherstellt, dass in allen Ausländerbehörden im Freistaat eine Beantragung von Leistungen, Nachweisen, Titeln und Erlaubnissen medienbruchfrei digital möglich ist. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert sicherzustellen, dass Unterkünfte für Geflüchtete mit einer ausreichenden und stabilen Internet-Datenübertragungsrate von mind. 16 Mbit/s ausgestattet sind.
9. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag vor Ablauf der derzeitigen Legislaturperiode zu berichten, inwiefern die nach den Beschlüssen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (Az.: 12 N 20.2529, Az.: 12 N 18.9) unwirksamen und weit überhöhten Unterkunftsgebühren in Bayern mittlerweile den Betroffenen tatsächlich zurückerstattet wurden. Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass eine lange Verweildauer in ANKER-Einrichtungen vermieden wird und dezentrale, integrative Unterkünfte ausgebaut werden. Der Schutz von vulnerablen Gruppen, einheitliche Qualitätsstandards sowie der Zugang zu Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Sporteinrichtungen und eine Erhöhung der Alltagsmobilität für Geflüchtete sollen dabei an oberster Stelle stehen.
10. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den mangelhaften und eingeschränkten Zugang zur psychosozialen und medizinischen Versorgungslage von Geflüchteten zu verbessern. Insbesondere die finanzielle und personelle Unterstützung und den flächendeckenden Ausbau von Psychosozialen Zentren unter Berücksichtigung hoher Qualitätsstandards (z. B. nach den Kriterien der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. – BAfF) sowie die Grundversorgung im ländlicheren Raum spielen hierbei eine tragende Rolle.

Begründung:

Die jüngsten Gesetze der Bundesregierung drücken die Wertschätzung gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte aus und sichern den zukünftigen Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Gesellschaftliche und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist entscheidend für eine funktionierende freiheitlich demokratische Grundordnung. Diese wird nur durch die entsprechende Wertschätzung erreicht.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht spielt eine zentrale Rolle, um die Voraussetzungen für einen langfristigen Aufenthalt zu erfüllen – dazu gehören auch Deutschkenntnisse und die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts.

Als Voraussetzung für das Chancen-Aufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG sind alle ununterbrochenen Voraufenthaltszeiten anzurechnen, in denen sich die Ausländerinnen und Ausländer in asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren, also geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet aufgehalten haben. Kurzfristige Unterbrechungen des Aufenthalts im Bundesgebiet von bis zu drei Monaten, die keine Verlegung des Lebensmittelpunkts beinhalten, sind dabei unschädlich.

Der Wortlaut der Gesetzesbegründung lässt hier keinen Ermessensspielraum zu.

Darüber hinaus sind nach Auffassung führender Ausländerrechtsspezialisten auch Zeiten, in denen die Ausländerbehörde Grenzübertrittsbescheinigungen ausgestellt, die Duldung erloschen gestempelt oder gar kein Dokument ausgestellt hat, unschädlich. Die Zeiten einer Duldung wegen ungeklärter Identität (§ 60 b AufenthG) müssen in Bezug auf die erforderlichen fünf Jahre ebenfalls berücksichtigt werden.

Wie die Staatsregierung selbst die Ausländerbehörden im Innenministeriellen Schreiben vom 22.12.2022 (F4-2081-3-88-218) darauf hingewiesen hat, ist das klare Ziel, dass „alle potentiell Berechtigten […] das Chancen-Aufenthaltsrecht so schnell wie möglich beantragen und erhalten können“ und, dass „möglichst viele […], innerhalb der gesetzlichen Frist von 18 Monaten den Übergang in die Anschlusstitel gem. §§ 25a, 25b AufenthG erreichen.“ Zudem ist laut Staatsregierung der Bayerische Vollzug des neuen Gesetzes „vom Grundsatz der Humanität und Ordnung geleitet“ und „vor allem den Ausländerbehörden […] kommt eine besondere Informations- und Beratungspflicht zu, um die Ziele des Bundesgesetzgebers bestmöglich zu erreichen.“ Zur Umsetzung dieser zutreffenden Erkenntnisse ist eine Sensibilisierung und wiederholtes Hinweisen an die zuständigen Behörden sinnvoll und erforderlich.

Wie die Staatsregierung in ihren Hinweisen, s. o., selbst zusagt, werden „die Beratungsangebote des Bundes […] in Bayern über die Flüchtlings- und Integrationsberatung ergänzt.“ Um die Asylverfahren zu beschleunigen und weniger fehleranfällig zu machen, müssen daher unabhängige Beratungsmöglichkeiten für die Betroffenen ausgebaut werden. Die unabhängigen Stellen werden in relevante Prozesse des Aufnahmeverfahrens einbezogen, damit Beratungsprozesse optimal angepasst werden können. Nur so ist es möglich, dass Betroffene die Beratung während des gesamten Asylverfahrens zeitnah und niedrigschwellig aufsuchen können.

Damit für Menschen mit Migrationsgeschichte eine umfassende rechtliche Partizipation möglich ist, muss die Staatsregierung die Wohlfahrtsverbände bei der Finanzierung unabhängiger Asylverfahrensberatungsstellen unterstützen. Asylsuchenden wird dadurch eine wirklich behördenunabhängige Asylverfahrensberatung garantiert, bei der auch vulnerable Gruppen identifiziert werden sollen. Gut vorbereitete und informierte Asylsuchende tragen zu einer Verfahrensbeschleunigung bei. Diese zusätzlichen Verfahrensberatungen ersetzen in keinem Fall die bisherige – vom Freistaat Bayern finanzierte – Asylverfahrensberatung, sondern werden zusätzlich von den Wohlfahrtsverbänden organisiert und durchgeführt. Eine auskömmliche Finanzierung der Asylverfahrensberatung bleibt auch weiterhin Aufgabe des Freistaates.

Im Sinne einer offenen demokratischen Einwanderungsgesellschaft ist es nötig, allen Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, auch die größtmögliche rechtliche, politische und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Einbürgerung der Menschen ist dafür die beste Möglichkeit. Der Anspruch von Menschen, die schon länger in Deutschland leben, auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, sollte von

der Staatsregierung unterstützt und nicht von vornherein als „unangemessene Migration in unsere Sozialsysteme“ verunglimpft werden, vgl. Migrationspapier der CSU-Klausurtagung im Januar 2023.

Mit der Regelung des § 81a AufenthG wurde als „Herzstück der Neuregelungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes“ ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren (Fast-Track-Verfahren) eingeführt. Während und nicht zuletzt wegen der Coronapandemie ist die Implementierung des neuen Verfahrens ins Stocken geraten. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, künftig – wie auch der Bund dies tut – ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens zu legen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ferner im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten darauf hinzuwirken, Einwanderungsverfahren in Bayern familienfreundlicher umsetzen. Nur wenn eingewanderte Fachkräfte und ihre Familien sich in Bayern willkommen fühlen und miteinreisende Familienmitglieder ihr Leben in Bayern gut gestalten können, werden sie sich entscheiden, auch zu bleiben. Drittstaatsangehörige Fachkräfte wollen nicht nur beruflich eine klare Perspektive erhalten, sondern insbesondere auch für ihre mit bzw. nachziehenden Familienangehörigen (Ehegatten, Lebenspartnern und minderjährige Kinder) frühzeitig Chancen und Hürden erkennen können. Der Bund tut dafür das Seinige. Die Staatsregierung wird aufgefordert, insofern auch ihren Anteil zu leisten.

Ferner ist eine kritische Evaluation der bisherigen Abschiebepraxis aus bayerischer Zuständigkeit dringend geboten; zu häufig werden straffreie, gut integrierte, arbeitswillige und dringend gebrauchte Menschen abgeschoben oder es werden dadurch familiäre oder soziale Härtefälle verursacht. Eine zum Teil rechtlich kritische und stets teure Abschiebehaft muss vermieden werden und darf nur als Ultima Ratio gelten.

Die Unterkünfte für Geflüchtete müssen einen integrativen Charakter haben und nicht sozial isolierend wirken. Hierzu zählt schnelles und stabiles Internet ebenso wie ein zuverlässiger und niedrigschwelliger Zugang zu medizinischer und psychosozialer Betreuung sowie der Zugang zu Beratungs-, Bildungs-, Gesundheits- und Sporteinrichtungen und eine Erhöhung der Alltagsmobilität der Geflüchteten. Dies ist unerlässlich für eine gelingende Integration (vgl. u. a. Studie von Mehl et al. (2023) „Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ und BR-Artikel hierzu vom 20.01.2023 „Geflüchtete: Unterbringung als Schlüssel zu Integration“).

Ebenso kritisch muss auch der Umgang der Staatsregierung mit den rechtswidrig erhobenen Gebührenbescheiden geprüft werden, die zu unwirksamen und weit überhöhten Unterkunftsgebühren für Geflüchtete geführt haben. Die Preise wurden nach Einschätzung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs völlig überhöht angesetzt (Az.: 12 N 20.2529). Die ihnen zugrundeliegende Regelung war verfassungswidrig.

Dies hatte teils erhebliche finanzielle Auswirkungen für die Betroffenen. Dieser Rechtsprechung ist die Staatsregierung nachgekommen, „indem alle Bescheide, die diese Voraussetzungen erfüllen, auf Antrag wieder aufgegriffen und auf Grundlage der neu geschaffenen Gebührenvorschrift verbeschieden werden. Jeder Kostenschuldner, der dies wünscht, hat die Möglichkeit, einen Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens zu stellen und so den bezeichneten Anspruch geltend zu machen“ (Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Alexandra Hiersemann und Horst Arnold, Drs. 18/21493). Dadurch, dass potenziell Betroffene erst auf Antrag und nicht von Amts wegen ihre evtl. zu viel gezahlten Gebühren zurückerstattet bekommen, muss geklärt werden, inwiefern die Betroffenen durch das ursprünglich rechtswidrige Verhalten der Staatsregierung überhaupt entschädigt wurden bzw. werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.02.2023 **Drucksache** 18/**27867**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Tasdelen u.a. SPD
Drs. 18/**26161**

Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 9. Februar 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.03.2023 **Drucksache** 18/**28072**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 18/**26161**, 18/**27867**

Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über zwei Anträge gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Containern nicht grundsätzlich strafrechtlich verfolgen" auf Drucksache 18/25920 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch, Plenk und Klingen. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Hiermit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Lehrkräftemangel bekämpfen VII: Flächendeckend Systemadministratoren einstellen" auf Drucksache 18/26331. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch und Swoboda. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der AfD-Fraktion sowie der fraktionslosen Abgeordne-

ten Bayerbach, Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Hiermit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten: Jeweils Enthaltung? – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Plenk und Swoboda, die sich jeweils enthalten. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Februar 2023 (Vf. 7-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 432),
2. des § 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Verordnungen vom 8. Juli 2021 (GVBl. S. 479)

PII-G1310.22-0018
Drs. 18/27891 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten I – Ausbau der Präventions- und Beratungsangebote
Drs. 18/24856, 18/27823 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten II – Ausweitung der Schutzmaßnahmen für Prostituierte sowie des Prostitutionsverbotes
Drs. 18/24857, 18/27893 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	A

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten III – Menschenhandel und Zwangsprostitution
Drs. 18/24858, 18/27894 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	A

5. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkerer Schutz von Prostituierten IV – Ausweitung der Schutzmaßnahmen
Drs. 18/24859, 18/27895 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	A

6. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern V: Nationale CO_2-Abgabe auf Kohle nicht einführen
Drs. 18/25163, 18/27909 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern VI:
Nationale CO_2-Abgabe auf Müllverbrennung nicht einführen
Drs. 18/25164, 18/27910 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern I: Prostituierte brauchen Schutz statt Gängelung
Drs. 18/25343, 18/27811 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern II:
Beratungsstrukturen schaffen und berufliche Neuorientierung stärken
Drs. 18/25344, 18/27812 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern III: Gesundheitliche Versorgung von Prostituierten ausbauen
Drs. 18/25345, 18/27813 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern IV: Wissenschaftliche Basis schaffen
Drs. 18/25346, 18/27814 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern V: S chutz vor sexueller Ausbeutung
Drs. 18/25347, 18/27896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Situation von Prostituierten in Bayern verbessern VI: Schutz und Unterstützung von Betroffenen von Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung
Drs. 18/25348, 18/27897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lückenlose Aufklärung aller Fälle des sexualisierten Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen: Dunkel- und Hellfeldstudien jetzt in Auftrag geben!
Drs. 18/25459, 18/27865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Datenübermittlung zwischen Schule und Berufsberatung erleichtern
Drs. 18/25485, 18/27887 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prostitutionsschutzgesetz in Bayern: Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter schützen, Zwangsprostitution und Menschenhandel abwehren!
Drs. 18/25746, 18/27898 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Containern nicht grundsätzlich strafrechtlich verfolgen
Drs. 18/25920, 18/27903 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

18. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pull-Faktoren abstellen – Ende des Rechtskreiswechsels für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine
Drs. 18/25921, 18/27866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht: Warum stockt der Ganztagsausbau in Bayern?
Drs. 18/25938, 18/27923 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Forschung zur Kernfusion endlich intensivieren
Drs. 18/25939, 18/27912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Aufbau von CCU/S-Technologien zum Schutz von Klima und bayerischer Industrie
Drs. 18/25942, 18/27913 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Entlastung für Menschen mit hohen Mieten – Einführung eines Bayerischen Wohngelds
Drs. 18/25981, 18/27902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. SPD
Für ein soziales und nachhaltiges Flächenmanagement in Bayern – Einrichtung eines sozialen Bodenfonds zur Unterstützung von Kommunen beim Ankauf von Grundstücken für den Wohnungsbau
Drs. 18/25982, 18/27905 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

24. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Eigenständige, bayernweite Interessenvertretung im Kosmetiker-Handwerk, Kosmetik als medizinisches Handwerk oder als Gesundheitsfachberuf anerkennen
Drs. 18/26002, 18/27914 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern steht zu seiner Verantwortung – Sprach-Kitas werden fortgesetzt
Drs. 18/26039, 18/27824 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	ENTH	A

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Endlich umsteuern: Bundesmittel zu 100 Prozent in Kita-Qualität investieren
Drs. 18/26046, 18/27826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Mehr Schutz, Beratungs- und Ausstiegshilfen in der Prostitution
Drs. 18/26064, 18/27827 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr Tierwohl – Änderungen im Bau- und Genehmigungsrecht unterstützen
Drs. 18/26119, 18/27828 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Verbraucher schützen: Ausbreitung der Vogelgrippe verhindern!
Drs. 18/26121, 18/27911 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Containern ermöglichen – Lebensmittelverschwendung vermeiden
Drs. 18/26128, 18/27904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Menschen mit Migrationsgeschichte wertschätzen. Migrations- und Asylpolitik in Bayern umfassend denken und sozialgerecht ausgestalten
Drs. 18/26161, 18/27867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Milchersatz ohne Palmöl – Hochwertige Fütterung von Kälbern in den Kriterien von „Geprüfte Qualität Bayern“ verankern
Drs. 18/26169, 18/27807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Praktisches Unkrautmanagement in der konventionellen Landwirtschaft – pragmatische Reaktion auf 50 Prozent weniger Pestizideinsatz
Drs. 18/26193, 18/27808 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Umfassende Evaluierung vorhandener staatlicher Grünflächen hinsichtlich des Biodiversitätspotenzials
Drs. 18/26229, 18/27809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Mündlicher Bericht zum Sachstand Konzerthaus im Münchner Werksviertel
Drs. 18/26246, 18/27872 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Soziales und Kultur: Hilfen aus dem Härtefallfonds jetzt!
Drs. 18/26247, 18/27906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Auswirkungen der verschleppten Energiewende und des verzögerten Netzausbaus in Bayern auf bayerische Wirtschaft untersuchen
Drs. 18/26249, 18/27915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleischprodukte
Drs. 18/26264, 18/27919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen der EU-Taxonomie-Verordnung auf die bayerische Forstwirtschaft
Drs. 18/26266, 18/27829 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der TA Luft in Bayern – Tierwohlgerechten Stallumbau, -anbau und -neubau ermöglichen
Drs. 18/26267, 18/27830 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dem Lehrkräftemangel begegnen - wissenschaftliche Kommission zur Zukunft der Lehrkräfteausbildung einsetzen!
Drs. 18/26268, 18/27925 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

42. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen I: Konzept für die Umsetzung von A 13
Drs. 18/26325, 18/27926 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen II:
Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt begleiten
Drs. 18/26326, 18/27927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen III:
Referendariat für Quereinsteiger attraktiver gestalten
Drs. 18/26327, 18/27924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen IV:
Auf dem Weg zur modernen Schule mit Multiprofessionellen Teams
Drs. 18/26328, 18/27928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen V:
Mehr Entlastung durch Verwaltungsangestellte
Drs. 18/26329, 18/27929 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VI: Erfahrung nutzen – Pensionäre an Schulen behalten oder sie zurückholen
Drs. 18/26330, 18/27930 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VII:
Flächendeckend Systemadministratoren einstellen
Drs. 18/26331, 18/27931 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

49. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen VIII:
Endlich mehr Studienplätze für das Lehramt
Drs. 18/26332, 18/27932 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen IX:
Maßnahmen gegen Studienabbrüche im Lehramtsstudium umsetzen
Drs. 18/26333, 18/27933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Lehrkräftemangel bekämpfen X:
Mehr Lehrkapazitäten für das Studium der Lehrämter Musik und Kunst
Drs. 18/26334, 18/27934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der gescheiterten Energiewende und des Kern- und Kohleausstiegs in Bayern auf bayerische Wirtschaft untersuchen
Drs. 18/26340, 18/27916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

53. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Brückenklassen: musisch-ästhetisches Fach und Sport als Pflichtfächer
Drs. 18/26344, 18/27935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn und Fraktion (AfD)
Mehr Hunde- und Katzenfutter in Lebensmittelqualität
Drs. 18/26436, 18/27920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
„Windausbau-Beschleuniger“ verhindern – Umwelt- und Artenschutz nicht der Windkraft opfern!
Drs. 18/26437, 18/27921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A